

#Hessen2025

---

**GRÜN WIRKT WEITER FÜR  
BILDUNGS- UND  
CHANCENGERECHTIGKEIT**

---



# KONZEPTE FÜR HESSEN

Liebe Leserinnen und Leser,

seit wir GRÜNE in Hessen wieder mitregieren, haben wir der Politik der Landesregierung eine neue Richtung gegeben: unter anderem mit dem Integrierten Klimaschutz-

plan 2025, mit dem Ökoaktionsplan, mit der Aufholjagd bei den Erneuerbaren Energien, mit einer Rekordförderung für Busse und Bahnen, mit dem Schülerticket, mit Sozialbudget, mehr bezahlbarem Wohnraum und der Förderung von Akzeptanz und Vielfalt, mit mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit durch Ganztagschulen, Sozialindex, Integration und Inklusion, mit der Stärkung der Hochschulen, mit der Förderung von Kunst und Kultur. Wir haben die Weichen der Politik endlich wieder in die richtige Richtung gestellt und wollen auf dem eingeschlagenen Kurs noch mehr Fahrt aufnehmen. Hessen ist grüner und gerechter geworden.

Wir wären aber nicht DIE GRÜNEN, wenn wir uns mit diesen Erfolgen zufrieden geben würden. Wir wollen auf dem bereits Erreichten aufbauen und Neues auf den Weg bringen – auf dem Weg zu dem Hessen, das wir uns für die Zukunft wünschen. Denn mehr Gerechtigkeit, Ökologie, individuelle Freiheit und Weltoffenheit kommen nicht von allein.

Deshalb legen wir unter der Überschrift „#hessen2025 – GRÜN wirkt weiter“ konkrete Konzepte zu den Projekten vor, die wir in den kommenden Jahren umsetzen wollen.

Eine anregende Lektüre wünscht



Mathias Wagner  
Fraktionsvorsitzender

Weitere Informationen und alle bislang erschienenen Konzeptpapiere zum Download unter:  
[www.gruene-hessen.de/konzepte](http://www.gruene-hessen.de/konzepte)

[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de)

# GRÜN WIRKT WEITER

#hessen2025

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

LANDTAGSFRAKTION HESSEN



## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Einleitung</b>	<b>2</b>
<b>2. Wir haben die Richtung der Politik geändert ...</b>	<b>2</b>
<b>3.... und noch viel vor</b>	<b>4</b>
3.1. Ganztagschulen: Mehr Zeit zum Lernen und für individuelle Förderung	4
3.2. Die besten Schulen in den Orten mit den größten Herausforderungen	5
3.3. Inklusion – von der Ausnahme zur Regel	7
3.4. Mehr pädagogische Freiheit und Qualität statt Zwangsbeglückungen	7
3.5. Zwei-Säulen-Schulmodell: struktur vereinfachen, länger gemeinsam lernen	8
3.6. Auf den Anfang kommt es an	8
3.7. Berufliche Bildung	9
3.8. Digitalisierung	10
3.9. Lehrerbildung und Qualitätsentwicklung von Schule gehören zusammen	10
3.10. Multiprofessionelle Teams	11
3.11. Arbeitssituation von Lehrerinnen und Lehrern	11



## 1. EINLEITUNG

Bildung ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen, das maßgeblich die Chancen der nachfolgenden Generationen und die Entwicklung unseres Landes bestimmt. Bildung entscheidet über die Möglichkeiten zur Teilhabe in unserer Gesellschaft, daher muss sie allen Menschen unab-

hängig von Herkunft, Einkommen oder sozialem Status der Eltern zugänglich sein. Und Bildung ist ein Thema, das im Rahmen unserer föderalen Struktur entscheidend auf Landesebene zu gestalten ist. Für uns GRÜNE hat Bildung Priorität.

## 2. WIR HABEN DIE RICHTUNG DER POLITIK GEÄNDERT ...

Vor unserer Regierungsbeteiligung war die Bildungspolitik in Hessen von ideologischen Debatten und Dauerstreit geprägt: Chaos um G8, ideologische Vorbehalte gegenüber gebundenen Ganztagschulen und Gemeinschaftsschulen sowie das Bürokratiemonster Landesschulamt sind

» Bildung muss allen Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder sozialem Status der Eltern zugänglich sein.«

hierfür nur einige Beispiele. Seit dem Jahr 2014 haben wir der Bildungspolitik eine neue Richtung gegeben. Die Verwirklichung von mehr Bil-

dungs- und Chancengerechtigkeit ist seitdem zentrales Ziel für Hessens Schulen. Dafür haben wir vor allem vier entscheidende Themen in den Blick genommen:

- Viele Schülerinnen und Schüler brauchen mehr Zeit zum Lernen und für individuelle Förderung. Viele Eltern sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot angewiesen. Deshalb haben wir das Tempo beim Ausbau des Ganztagschulprogramms verdoppelt und einen Schwerpunkt auf die

Grundschulen gelegt. Gegenüber dem Beginn der Legislaturperiode stehen für das Ganztagschulprogramm zum Schuljahr 2017/18 fast 1.000 Stellen mehr zur Verfügung. Der ideologische Streit um das angeblich einzig richtige Ganztagschulkonzept wurde beendet. Wir setzen auf das jeweils vor Ort passende und gewünschte Konzept. Daher wurden in den vergangenen Jahren sowohl alle Anträge von Schulträgern auf Aufnahme von Schulen in den Pakt für den Nachmittag als auch alle Anträge auf Umwandlung von Schulen in gebundene Ganztagschulen mit rhythmisiertem Tagesablauf (Profil 3 der Ganztagschulrichtlinie) genehmigt.

- Schulen in sozialen Brennpunkten oder mit besonderen pädagogischen Herausforderungen benötigen auch eine besondere Berücksichtigung bei der Unterstützung durch das Land. Hierfür stehen mit der Lehrerzuweisung nach Sozialindex 540 Stellen zur Verfügung. Das sind 240 mehr als zu Beginn der Legislaturperiode. Zusätzlich werden diese Schulen ab dem Jahr 2018 durch 700 Sozialpädagoginnen und -pädagogen unterstützt. Erstmals

unterstützt das Land somit systematisch die Schulsozialarbeit. 1.000 Schulen werden davon profitieren.

- In den vergangenen Jahren sind viele Kinder in unsere Schulen gekommen, die vor Krieg, Terror und Gewalt fliehen mussten. Ihnen wollen wir einen guten Start in unser Bildungssystem und eine gute Zukunft ermöglichen. Deshalb wurde die Deutschförderung für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund massiv ausgebaut und ein systematisches schulisches Sprachförderkonzept aufgebaut. Stichworte sind hier die Sprachintensivklassen und -kurse an den allgemeinbildenden Schulen sowie Integration durch Anschluss und Abschluss (InteA) an den beruflichen Schulen. Auch wer-

den die Schulen bei der Integration der Schülerinnen und Schüler unterstützt, die von der Sprachintensivklasse in den Regelunterricht wechseln. Für Deutschförderung und Integration stehen im Schuljahr 2017/18 über 2.600 Stellen und damit 1.600 Stellen mehr zur Verfügung als zu Beginn der Legislaturperiode.

- Mit den Inklusiven Schulbündnissen haben wir viele Kritikpunkte an der bisherigen Umsetzung des gemeinsamen, inklusiven Unterrichts von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen aufgegriffen. Beispielsweise sollen Förderpädagogin-

» Die von uns immer vertretene Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 hat den ein Jahrzehnt andauernden Streit beendet.«

nen und -pädagogen in der Regel mit ihrem vollen Stundendeputat fest einer allgemeinen Schule zugeordnet werden und nicht mehr an mehreren Schulen mit nur wenigen Stunden. Die bereits erwähnten 700 Sozialpädagoginnen und -pädagogen unterstützen zusätzlich die Arbeit inklusiv arbeitender Schulen. Durch die Aufhebung des Ressourcendeckels und durch eine deutliche Steigerung der Lehrstellen für den inklusiven Unterricht – rund 700 Stellen in dieser Wahlperiode – sind erstmals mehr Förderlehrkräfte im inklusiven Unterricht im Einsatz als an Förderschulen.

Außerdem haben wir auf den Weg gebracht:

- Im Rahmen der Arbeitszeitreduzierung für alle Beamtinnen und Beamten wurde die Unterrichtsverpflichtung für Lehrerinnen und Lehrer gesenkt.

## SOZIALPÄDAGOGEN FÜR ÜBER 1.000 SCHULEN

- Mit dem Doppelhaushalt 2018/19 schaffen wir **700 neue Stellen** für Sozialpädagoginnen und -pädagogen
- Damit beteiligt sich das Land erstmals systematisch und mit großem finanziellem Einsatz an **der Sozialarbeit an Schulen**
- Von den 700 Stellen sind **400 für die Grundschulen** vorgesehen und **300 für die weiterführenden Schulen**
- Durch **multiprofessionelle Teams** werden Schülerinnen und Schüler besser gefördert und Lehrkräfte entlastet
- Die Stellen gehen bevorzugt an Schulen, die aufgrund der Umsetzung von **Inklusion** oder der **Schulgröße** besonders gefordert sind

- Mit dem Schülerticket können alle Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende sämtliche Busse und Bahnen in Hessen für einen Euro am Tag nutzen.
- Die von uns hessischen GRÜNEN immer vertretene Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 hat den ein Jahrzehnt andauernden Streit um dieses Thema beendet.
- Integrierte Gesamtschulen (IGS) können endlich auch in Hessen wie Gemeinschaftsschulen arbeiten, auf die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in Kurse verzichten und somit komplett binnendifferenziert unterrichten. Die IGSen werden hierdurch zu Schulen mit allen Möglichkeiten. Die Höchstzahl der Schülerinnen und Schüler pro Klasse sinkt bei rein binnendifferenziertem Unterricht auf 25.
- Eigenständige Hauptschulen haben wir abgeschafft, da die reine Hauptschule von den Eltern in den vergangenen Jahren immer weniger akzeptiert wurde.
- Produktionsschulen wurden erstmals im Schulgesetz verankert.
- Neue eigenständige Oberstufen sind wieder möglich.

Die Weichen in der Bildungspolitik in Hessen sind in die richtige Richtung gestellt, aber natürlich bleibt noch eine Menge zu tun. Wir geben uns mit dem bereits Erreichten nicht zufrieden. Und natürlich gibt es auch immer wieder neue Herausforderungen für unsere Schulen, die politischer Antworten bedürfen.

### 3. ... UND NOCH VIEL VOR

Deshalb nehmen wir schon jetzt weitere Projekte und Konzepte für die nächsten Jahre und die kommende Legislaturperiode des Landtags in den Blick und wollen diese in den kommenden Wochen mit Fachleuten diskutieren, präzisieren

» Es kommt nicht darauf an, wo ein Kind herkommt, sondern darauf, wo es hin will.«

und ggf. um weitere Punkte erweitern. GRÜN wirkt weiter für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit.

Unser Grundsatz lautet: Es kommt nicht darauf an, wo ein Kind herkommt, sondern darauf, wo es hin will. Alle sollen unabhängig von geographischer oder sozialer Herkunft die Möglichkeit haben, ihre Fähigkeiten, Talente und Potenziale bestmöglich

zu entfalten. Um diesem Ziel möglichst nahe zu kommen, wollen wir in den Jahren bis 2025 unter anderem an folgenden Themen weiterarbeiten:

#### 3.1. GANZTAGSSCHULEN: MEHR ZEIT ZUM LERNEN UND FÜR INDIVIDUELLE FÖRDERUNG

Wir werden den Ausbau eines vielfältigen Angebots an Ganztagschulen weiter mit hohem Tempo vorantreiben. Ganztagschulen schaffen den Raum und die Zeit für mehr individuelle Förderung. Hausaufgaben können unter fachkundiger Begleitung in der Schule erledigt werden. Durch Arbeitsgemeinschaften und Angebote zur Freizeit-

gestaltung wird Schule stärker von einem reinen Ort des Lernens zu einem Lebensort für Kinder und Jugendliche. Gebundene Ganztagschulen ermöglichen eine andere Verteilung des Unterrichts über den Tag und somit einen Wechsel zwischen Lern- und Erholungsphasen.

Beim weiteren Ausbau der Ganztagschulen stehen für uns die konkreten Bedürfnisse und Wünsche vor Ort im Mittelpunkt. Mit dem Pakt für den Nachmittag haben wir für die Grundschule den Rahmen für ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr geschaffen. In den kommenden Jahren kommt es darauf an, dass alle Eltern, die ein solches Angebot für ihre Kinder wünschen oder für die Vereinbarkeit von Familien und Beruf darauf angewiesen sind, es auch tatsächlich an ihrer Schule finden. Den auf Bundesebene geplanten Rechtsanspruch auf Betreuung von Grundschulkindern wollen wir in Hessen möglichst schnell in der nächsten Legislaturperiode umsetzen. Auch unabhängig vom Bund ist

### VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF ERLEICHTERN

- Wir wollen für alle Grundschüler ein **Ganztagsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr** schaffen
- Schulträger sollen die Möglichkeit bekommen, in ihren Schulentwicklungsplänen die **Einrichtung von Ganztagschulen** verbindlich zu regeln
- Mit dem Ausbau des Ganztagsangebots schaffen wir **mehr Zeit für individuelle Förderung** für die Kinder und verbessern die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** für die Eltern

unser Ziel eine Bildungs- und Betreuungsgarantie von 7.30 bis 17.00 Uhr für alle Grundschülerinnen und -schüler. Hierfür erhalten die Schulträger die Möglichkeit, die Einrichtung von Ganztagsangeboten an Grundschulen in ihren Schulentwicklungsplänen verbindlich zu regeln.

Den Pakt für den Nachmittag sehen wir als Einstieg in die Ganztagschulentwicklung einer Grundschule. Eine gebundene oder teilgebundene Ganztagschule mit rhythmisierten Tagesablauf (Profil 3 der Ganztagschulrichtlinie) ist der nächste Schritt, sofern dies die Eltern vor Ort wollen.

» **Wir werden den Ausbau eines vielfältigen Angebots an Ganztagschulen weiter mit hohem Tempo vorantreiben.**«

Auch künftig soll kein Antrag eines Schulträgers auf eine Profil 3-Ganztagschule an der mangelnden Unterstützung des Landes scheitern.

Auch den weiterführenden Schulen wollen wir die Weiterentwicklung ihrer Ganztagsangebote ermöglichen. Der Schwerpunkt liegt aber auf den Grundschulen. Denn auf den Anfang kommt es an.

### 3.2. DIE BESTEN SCHULEN IN DEN ORTEN MIT DEN GRÖSSTEN HERAUSFORDERUNGEN

Wir wollen Schulen, in denen Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie Förderschullehrkräfte zusammenarbeiten, um mit ihren spezifischen Kompetenzen die bestmögliche Förderung der Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Solche multiprofessionellen Teams sind insbesondere an Schulen nötig, die aufgrund

des sozialen Hintergrunds ihrer Schülerinnen und Schüler oder durch die Themen Inklusion sowie

» Für Schulen mit besonderen Herausforderungen streben wir eine Lehrerzuweisung von mindestens 110 Prozent an.«

Integration besonders gefordert sind. Daher werden wir zuerst diesen Schulen neben Lehrkräften auch ein festes Kontingent von Förderschullehrkräften und Sozialpädagoginnen und -pädagogen zuweisen, die dauerhaft an der Schule arbeiten. Wir streben für diese Schulen eine Lehrerzuweisung

von mindestens 110% an. Die Zuweisung erfolgt anhand klarer, transparenter Kriterien, die den sozialen Hintergrund der Schülerinnen und Schüler sowie weitere Herausforderungen wie Integration und Inklusion berücksichtigen.

Mit den Schulträgern wollen wir eine Vereinbarung schließen, mit der wir in einer gemeinsamen Anstrengung die Zahl der Sekretariats- und Verwaltungskräfte an den Schulen erhöhen. So können Schulleitungen und Lehrerinnen und Lehrer von nicht pädagogischen Tätigkeiten entlastet werden. Besonders haben wir bei diesem Thema die Grundschulen im Blick. Im Zuge einer Vereinbarung mit den Schulträgern soll auch die Zusammenarbeit zwischen Schule und den Angeboten der Sozialarbeit und Jugendhilfe der Kommunen auf eine verbindliche, gemeinsame pädagogische Basis gestellt werden. Denn sowohl bei den Verwaltungskräften als auch bei der Schulsozialarbeit muss der Streit um Zuständigkeiten zwischen Land und Kommunen aufhören und endlich gemeinsam im Interesse der Schülerinnen und Schüler gearbeitet werden.

Außerdem wollen wir den Schulen mehr Freiheit und Flexibilität bei der Verwendung der über die Grundunterrichtsversorgung hinausgehenden Landesprogramme (105% bzw. 110%-Lehrerversorgung, Lehrerzuweisung nach Sozialindex, Ganztagsschulprogramm) geben. Nicht für jedes Förderprogramm braucht es eigene Regeln für die Verwendung der Mittel. Stattdessen sollen die Schulen die Möglichkeit erhalten, die Mittel zu einem Förderbudget zusammenfassen zu können. Über dessen Verwendung können die Schulen mit größtmöglicher Freiheit entscheiden, um an die

### GROSSE AUFGABEN – STARKE SCHULEN

- Schulen, die aufgrund des sozialen Hintergrunds der Schülerinnen und Schüler oder Themen wie Inklusion und Integration besonders gefordert sind, wollen wir **besonders unterstützen**
- Solche Schulen sollen eine **Lehrerzuweisung von 110 Prozent** erhalten
- Wir wollen, dass Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie Förderschullehrkräfte in **multiprofessionellen Teams** arbeiten
- Beginnend mit den Grundschulen wollen wir den Schulen **zusätzliche Verwaltungsfachkräfte** zur Verfügung stellen, damit mehr Zeit für die Schülerinnen und Schüler bleibt
- Schulen sollen **mehr Flexibilität bei der Verwendung von Landes-Förderung** bekommen, denn sie wissen am besten, was für ihre Schülerinnen und Schüler gut ist

Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler angepasste pädagogische Konzepte verwirklichen zu können.

### 3.3. INKLUSION – VON DER AUSNAHME ZUR REGEL

Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderung gemeinsam zur Schule gehen können. Einige Weichen sind hierfür wie beschrieben bereits in die richtige Richtung gestellt, es bleibt aber noch eine Menge zu tun. Unser Ziel sind multiprofessionelle Teams, in denen Lehrerinnen und Lehrer, Förderschulpädagoginnen und -pädagogen und Integrationshelferinnen und -helfer verlässlich und dauerhaft gemeinsam an einer allgemeinen Schule arbeiten, sich abstimmen und gegenseitig unterstützen können. Statt also wie bislang die Förderschulpädagoginnen und -pädagogen teilweise mit einigen wenigen Stunden an vielen allgemeinen Schulen einzusetzen, wollen wir sie mit allen Stunden an einer allgemeinen Schule einsetzen. Dieser, den inklusiven Schulbündnissen bereits zugrunde liegende, Gedanke stellt die Rahmenbedingungen für den gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen auf eine neue Basis.

Um solche multiprofessionellen Teams zu erreichen, sehen wir auch bei der Organisation der Inklusionshelferinnen und -helfer Handlungsbedarf. Durch eine Rahmenvereinbarung mit den für die Integrationshelfer zuständigen Landkreisen und Städten wollen wir eine bessere Vernetzung und eine Förderung aus einem Guss erreichen.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat Hessen nicht mit von der Politik festgesetzten Stichtagen das Auslaufen von Förderschulen verordnet, sondern es Eltern ermöglicht, sich zwischen Förderschule und inklusiven Unterricht entscheiden zu können. An diesem Respekt vor dem Elternwillen werden wir festhalten.

### 3.4. MEHR PÄDAGOGISCHE FREIHEIT UND QUALITÄT STATT ZWANGSBEGLÜCKUNGEN

Wir sind der Garant dafür, dass sich die Schulpolitik in Hessen weiter am Elternwillen und den unterschiedlichen Bedürfnissen der Schulen vor Ort orientiert. Mit uns wird es weder CDU- noch SPD-Zwangsbeglückungen geben. Wir wollen der Idee der „Selbstständigen Schule“ neues Leben und neuen Schwung verleihen. Standen bisher zu sehr budget- und verwaltungstechnische Fragen im Vordergrund, wollen wir den Fokus stärker auf die pädagogische Freiheit und die weitere Verbesserung der Qualität lenken. Mit den Bildungsstandards, dem Hessischen Qualitätsrahmen Schulqualität und den Anforderungen der zentralen Abschlussprüfungen ist sehr prä-

» Wir setzen auch weiterhin auf ermöglichen statt verordnen.«

zise definiert, was unsere Schulen ihren Schülerinnen und Schülern an Kompetenzen, Fertigkeiten und Wissen vermitteln sollen. Auf dem Weg, diese Ziele zu erreichen, wollen wir den Pädagoginnen und Pädagogen an unseren Schulen vertrauen und etwas zutrauen. Daher sollen sie freier und flexibel entscheiden können, wie sie ihren Unterricht gestalten. Dazu gehört für uns beispielsweise, dass Schulen freiwillig schriftliche Bewertungen

als Ergänzung oder anstelle von Ziffernoten bis Jahrgangsstufe 8 einführen können. Auch wollen wir die Möglichkeiten zum fächerübergreifenden Unterricht oder zu jahrgangsübergreifenden Lerngruppen an den Grundschulen stärken. Zur pädagogischen Freiheit gehört für uns auch, dass die Schulen den Unterricht später beginnen lassen können, soweit ein Betreuungsangebot vor Beginn des Unterrichts gesichert ist.

### 3.5. ZWEI-SÄULEN-SCHULMODELL: STRUKTUR VEREINFACHEN, LÄNGER GEMEINSAM LERNEN

Wir GRÜNEN sind der Überzeugung, dass Schülerinnen und Schüler durch längeres gemeinsames Lernen und das möglichst lange Offenhalten aller Bildungsabschlüsse sehr gut individuell gefördert werden können. Wir werden diesen Weg aber auch weiterhin niemandem vorschreiben,

» Der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ soll weiterhin gelten. Auch auf dem Land sollen wohnortnahe Grundschulen möglichst erhalten werden.«

sondern setzen weiter auf ermöglichen statt verordnen und respektieren den Elternwillen.

Die Entwicklung in anderen Bundesländern, aber auch

in Hessen zeigt, dass wir uns mehr und mehr auf ein Zwei-Säulen-Schulmodell bestehend aus den Gymnasien als einer Säule und Schulen mit längerem gemeinsamen Lernen (mit der Vorbereitung auf alle Schulabschlüsse an einem Standort) als zweiter Säule zubewegen. Auch wünschen sich viele Eltern eine Vereinfachung des Schulsystems im Anschluss an die Grundschule. Diesen Prozess

wollen wir aktiv gestalten. Daher wollen wir in der kommenden Legislaturperiode allen Schulträgern anbieten, ihre vorhandenen verbundenen Haupt- und Realschulen, Mittelstufenschulen und kooperativen Gesamtschulen schrittweise in Integrierte Gesamtschulen umzuwandeln. Auch hier gilt aber unser Prinzip: keine Zwangsbeglückungen, ermöglichen statt verordnen.

### 3.6. AUF DEN ANFANG KOMMT ES AN

Neben dem Pakt für den Nachmittag und dem Ausbau des Ganztagschulprogramms wollen wir weitere Schwerpunkte in den Grundschulen setzen. Der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ soll weiterhin gelten. Auch auf dem Land sollen wohnortnahe Grundschulen möglichst erhalten werden. Instrumente hierfür sind beispielsweise Verbundschulen oder jahrgangsübergreifender Unterricht.

Um die Lernzeiten noch besser an die Bedürfnisse einer vielfältigen Schülerschaft anzupassen, werden wir erneut Mittel bereitstellen, um den flexiblen Schulanfang an mehr Grundschulen einführen zu können. Hierbei werden die Jahrgangsstufen 1 und 2 zu einer pädagogischen Einheit zusammengefasst, die je nach Entwicklung des Kindes in einem, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden kann. Auch Modelle, die auf eine Aufteilung nach Jahrgängen darüber hinausgehend in der 3. und 4. Jahrgangsstufe oder gänzlich verzichten, werden wir für diejenigen Schulen ermöglichen, die das wünschen.

Auch den Übergang von der Kita in die Grundschule wollen wir auf Basis des „Bildungs- und Erzie-

hungsplans für Kinder von 0 bis 10 Jahren“ weiter verbessern. Eine Verschulung des letzten Kindergartenjahres lehnen wir ab.

### 3.7. BERUFLICHE BILDUNG

Die duale Berufsausbildung ist eine der Stärken Deutschlands und Hessens. Es ist kein Zufall, dass in unserem Land die Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich niedrig und die Qualität unserer Berufsausbildung hoch ist. Hierzu leisten unsere beruflichen Schulen einen – wenn auch öffentlich oft zu wenig beachteten – wesentlichen Beitrag. Auch im Bereich der Qualifizierung von jungen Menschen, die noch keinen Ausbildungsvertrag haben, sind die beruflichen Schulen eine starke Säule unseres Bildungssystems. Mit der

#### SCHULEN BRAUCHEN VERLÄSSLICHKEIT

- Wir wollen **verlässliche Rahmenbedingungen** und **Planungssicherheit** für unsere Schulen, statt dem ständigen Hin- und-Her früherer Jahre
- Wir GRÜNE stellen **pädagogische Freiheit und Qualität** statt Schulkampf und Zwangsbeglückungen in den Mittelpunkt
- Wir wollen, dass Pädagoginnen und Pädagogen **freier entscheiden können**, wie sie ihren Unterricht gestalten
- Dazu gehört beispielsweise, dass sie **freiwillig schriftliche Bewertungen** als Ergänzung oder anstelle von Ziffernoten bis Jahrgangsstufe 8 einführen können

neuen Berufsfachschule für den Übergang in Ausbildung (BÜA) haben wir begonnen, das sogenannte Übergangssystem zwischen Schule und Beruf neu zu strukturieren. Unsere Ziele dabei sind klar: Wir wollen unproduktive Warteschleifen vermeiden und jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglichen. Auf Grundlage der ersten Erfahrungen mit BÜA werden wir Nachsteuerungen vornehmen, um dieses Ziel zu erreichen.

Auf dem Land sind Berufliche Schulen auch von großer Bedeutung für die Frage, ob junge Menschen eine Ausbildung in ihrer Heimatregion machen können oder ob es sie in die Ballungsräume zieht. Nicht jeder Ausbildungsberuf kann an

» Wir wollen unproduktive Warteschleifen vermeiden und jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglichen.«

jeder Beruflichen Schule angeboten werden. Wir wollen aber, dass es bei einem attraktiven Ausbildungsangebot auch an den Beruflichen Schulen auf dem Land bleibt. Beispielsweise können wir uns vorstellen, in Ausbildungsberufen mit nur wenigen Auszubildenden den Berufsschulunterricht in einen allgemeinen und einen berufsbezogenen speziellen Teil aufzuteilen, um so wenig Berufsschulunterricht wie möglich zentralisieren zu müssen und möglichst viele Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort zu erhalten.

Auch in Bezug auf die Integration der zu uns gekommenen Flüchtlinge sind die beruflichen Schulen sowie die Schulen für Erwachsene besonders gefordert. Neben der Sprachintensivförderung im Rahmen von InteA wird in den kommenden Jahren der ausbildungsbegleitenden Sprachförderung

eine besondere Bedeutung zukommen. Auch werden wir die Angebote und Kapazitäten zum Nachholen von Schulabschlüssen weiter ausweiten.

### 3.8. DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zeigt sich auch in der Nutzung von digitalen Medien durch Kinder und Jugendlichen und stellt neue Anforderungen an Schulen. Dies betrifft die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler

**» Der Einsatz digitaler Endgeräte ist für uns niemals Selbstzweck, sondern muss in ein pädagogisches Konzept eingebunden sein.«**

einerseits und andererseits die Frage, wie die Curricula und Lernmethoden an die sich ändernden Anforderungen in Berufsausbildung,

Studium und Beruf angepasst werden müssen. Zudem können digitale Medien wertvolle Ergänzungen für den Unterricht sein. Daher stellen sich für die Schulträger und das Land neue Herausforderungen in Bezug auf die technische Ausstattung und Unterstützung der Schulen.

Die sogenannten Sozialen Medien nehmen einen großen Anteil in der Lebenswelt der Jugendlichen ein. Unser Ziel ist es daher, dass Jugendliche einen verantwortungsvollen Umgang mit den digitalen Medien lernen. Wir wollen, dass im Unterricht – ergänzend zur Erziehung der Eltern – die Gefahren von Cybermobbing, der Datenschutz und die Frage des Suchtverhaltens in Bezug auf die Nutzung digitaler Medien thematisiert werden. Die Veränderungen im Bereich der Curricula in diesem Bereich muss jedoch dem Alter angemessen erfolgen; insbesondere im Bereich der Grundschulen steht

auch weiterhin der Erwerb analoger Kompetenzen wie Schreiben, Lesen, Rechnen oder musische und sportliche Basiserziehung im Vordergrund. Der Einsatz digitaler Endgeräte ist für uns niemals Selbstzweck, sondern muss in ein pädagogisches Konzept eingebunden sein.

### 3.9. LEHRERBILDUNG UND QUALITÄTSENTWICKLUNG VON SCHULE GEHÖREN ZUSAMMEN

Wir wollen in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern Theorie und Praxis enger verzahnen. Die Institutionen der Lehrerbildung sollen daher stärker zusammenarbeiten. Die Fort- und Weiterbildung erhält einen größeren Stellenwert in der schulischen Praxis.

Spätestens seit der Bildungsstudie des Bildungsforschers John Hattie ist klar: Der entscheidende Faktor zum Gelingen von schulischer Bildung ist die Lehrerin bzw. der Lehrer. Neben einer guten Versorgung mit Stellen profitieren unsere Schulen also vor allem von einer guten Ausbildung der neuen Lehrerinnen und Lehrer und der Fortbildung von denjenigen, die bereits in der Schule tätig sind. Mit den sich ändernden Anforderungen an das System Schule als Ganzes ändern sich folglich die Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer. Nur wenn wir diese gezielt fortbilden bzw. die Ausbildung neuer Lehrerinnen und Lehrer anpassen, werden wir den geänderten Anforderungen auf Dauer gerecht werden. Dazu gehört es nach unserer Auffassung, dass Entwicklungen wie Digitalisierung und Medienkompetenz, Ganztagschulentwicklung, Teamteaching, offener Unterricht, Projektorientierung, Binnendifferenzierung und Inklusion

einen stärkeren Stellenwert in allen Phasen der Lehrerbildung erhalten.

Immer wieder bemängeln Studierende der Lehramtsstudiengänge, dass ihr Studium zu wenig mit der schulischen Wirklichkeit zu tun habe. Wir haben uns daher in der Vergangenheit immer dafür eingesetzt, die Verknüpfung von Theorie und Praxis zu steigern. Es kann nicht sein, dass Studierende erst zum Ende ihres Studiums das erste Mal mit realen Unterrichtssituationen in Kontakt kommen bzw. erste Unterrichtsversuche machen.

Wir sind überzeugt davon, dass eigene Unterrichtsversuche auch in der ersten Hälfte des Studiums notwendig sind, um den Studierenden den Rollenwechsel zum Lehrer zu ermöglichen und Erfahrungen zu machen, die ihnen helfen, sich im Zweifel klar zu werden, ob die Tätigkeit als Lehrerin oder Lehrer das Richtige für sie ist. Dem Konzept eines Praxissemesters, also einer engen Verzahnung von Praxisanteilen und theoretischen Lehrinhalten, stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber, allerdings wollen wir nach der ersten Erprobungsphase Nachbesserungen an der jetzigen Regelung anbringen.

Die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist Studien zu folge eines der wichtigsten Instrumente zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung von Unterricht. Wir wollen daher die in der Lehrerbildung tätigen Institutionen (Universitäten, Studienseminare, Schulen) enger vernetzen und der Fort- und Weiterbildung einen größeren Stellenwert in der schulischen Praxis einräumen; gegenseitige Supervision muss als regelmäßige Tätigkeit von Lehrkräften möglich werden.

### 3.10. MULTIPROFESSIONELLE TEAMS

Die Anforderungen an die Arbeit der Schulen unterliegen einem stetigen Wandel und nehmen insgesamt zu. Neben dem Bildungsauftrag wird der Erziehungsauftrag immer bedeutender. Lehrerinnen und Lehrer können viel, aber sie können nicht alles leisten. Daher wollen wir die Lehrkräfte durch die Einbeziehung von Förder- und Sozialpädagoginnen und -pädagogen in das Kollegium der Schule unter-

**» Wir wollen der Fort- und Weiterbildung einen größeren Stellenwert in der schulischen Praxis einräumen.«**

stützen. Durch eine Mitfinanzierung von Schulsekretariaten und Verwaltungskräften wollen wir Lehrerinnen und Lehrer von nicht

pädagogischen Tätigkeiten entlasten. Auch können wir uns – je nach konkreter Situation – die stärkere Einbeziehung von Erzieherinnen und Erziehern, Sprachheillehrkräften und Therapeuten vorstellen. Alle diese Maßnahmen führen dazu, dass an Schulen zunehmend multiprofessionelle Teams entstehen und sich Lehrerinnen und Lehrer stärker auf das Kerngeschäft des Unterrichtens konzentrieren können. Es bedingt aber auch, dass diese anderen Professionen einen eigenständigen und gleichberechtigten Status an den Schulen erhalten.

### 3.11. ARBEITSSITUATION VON LEHRERINNEN UND LEHRERN

Unser Ziel bleibt die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche für alle Beamtinnen und Beamte (siehe Konzeptpapier zur Innenpolitik). Für Lehrerinnen und Lehrer bedeutet dies eine Reduzierung ihrer Unterrichtsverpflichtung. Die Zahl der befristeten



## Inhalt

### » Unser Ziel bleibt die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche für alle Beamtinnen und Beamte.«

Arbeitsverträge an Schulen wollen wir weiter reduzieren. Wir werden uns in der Kultusministerkonferenz für eine bundesweit einheitliche Regelung in Bezug auf die Bezahlung der Grundschullehrkräfte nach A13 einsetzen.

Der Arbeitsmarkt für Lehrerinnen und Lehrer wird auch in den kommenden Jahren angespannt bleiben. Denn die Lehrkräfte, die uns heute fehlen, hät-

ten vor fünf bis sechs Jahren ausgebildet werden müssen. Alle Maßnahmen, die wir ergreifen, um diesen Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, greifen entweder erst langfristig oder sind Übergangslösungen. Dennoch werden wir weiter die Studienkapazitäten an den Hochschulen anpassen, den Quereinstieg in den Lehrerberuf fördern und Lehrerinnen und Lehrer an der Pensionsgrenze bitten, länger im Schuldienst zu bleiben.

KONZEPTE FÜR HESSEN

GRÜN  
WIRKT  
WEITER

#hessen2025

## IHR DRAHT ZUR FRAKTION

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1–3  
65183 Wiesbaden

## ZUSTÄNDIGER ABGEORDNETER



### MATHIAS WAGNER

Fraktionsvorsitzender,  
Sprecher für Bildung

Tel.: 0611/350-746  
m.wagner@ltg.hessen.de

## MITARBEITERIN



### MARINA ZAHN

Referentin: Bildung, Wissenschaft,  
Hochschulen, Kultur

Tel.: 0611/350-593  
m.zahn@ltg.hessen.de



GRUENE-HESSEN.DE



FACEBOOK.COM/GRUENEHESSEN



TWITTER.COM/GRUENEHESSEN



YOUTUBE.COM/HESSENGRUEN



INSTAGRAM.COM/GRUENEHESSEN



FLICKR.COM/GRUENE-HESSEN

### Impressum

Herausgeberin: BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN im Hessischen Landtag, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden  
V.i.S.d.P.: Jürgen Frömmrich, Parl. Geschäftsführer | Layout & Gestaltung: Till Haupt